

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der zgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst, Sport, Jugend einschließlich Druckkosten monatlich 80 Pf. vierteljährlich 2.75, wasser Kreuzband für Deutschland und Österreich 3.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. **Verlagszeitung** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Interate werden die 6spaltigen Beiträge mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Preisänderungen 25 Pf. Interate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdener Volkszeitung.

Nr. 48.

Dresden, Freitag den 27. Februar 1914.

25. Jahrg.

Im Hof wurde ein Leutnant bei einem Duell erschossen.

Der russische Schriftsteller Lunatschewski ist von der russischen Polizei ausgewiesen worden.

Die Erschießungskatzen in Rummelsburg hat im ganzen 18 Todeskopfe gefordert.

Der Arbeiter Reiling kam mit 3 Monaten schweren Kerker haften.

Ein russischer Soldat wurde in Wilna wegen Majejats-Belästigung zu 6 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Nachbühliche Stämme haben im Spizus die Autonomie erklärt.

Ja nicht so schlimm...

„Na, der war ja gar nicht so schlimm!“ (Reiling nach der Urteilsverkündung.)

Der Gehilfe des Herrn v. Jagow, der Schilling des Unternehmersverbandes, der Mörder des Genossen Solinger wurde gestern vom dem Schwurgericht in Leipzig abgeurteilt. Aus den übereinstimmenden Aussagen aller Zeugen ging mit Deutlichkeit hervor, daß Reiling nicht bedroht worden war, daß für ihn kein Anlaß vorlag, zu schließen, daß die Aufrechter von Leichen mit der Polizei während des langen Kampfes gut ausgekommen, daß der Kampf in Ruhe abgegangen war, daß man auch am Morgen des Mordtages in aller Ruhe schlafen konnte, mit dem von Reiling gehaltenen Cyklus zu reden, daß Reiling sich selbst in das Gewand hineinmischte, mit demselben Revolver drohte, mit dem er ihn vorher brandmarkiert hatte, daß er schließlich aufsprang, zur Mordtür zurückwich und den mit den Händen in den Hosentaschen folgenden Vertrauensmann der Richter niederstieß.

Wer nicht gerade preussischer Landrat oder ein sonstwie realistische betrunkenes Geschöpf ist, konnte den Reiling'sen Tat nur den Eindruck haben: Mord! Zum mindesten: Todschlag als Ergebnis von vorläufiger Mordempörung. Die Genossen von Leipzig aber vernichten die Schuldfrage auf Kopf und nahmen Todschlag mit Reimehr und Ueberzeugung der Mordtat an! Das Urteil lautete auf acht Monate schweren Kerker. Für Justizkandidaten wie Reiling eine Lappalie. Die Arbeiterchaft hat für den Mordbuben nicht den Gehlen verlangt, der ja an dem kühnheitigen Solingen, das noch manchen Reiling erzeugen wird, hätte geübt hätte. Aber was nicht nur die Arbeiterchaft, sondern jeder anständig denkende Mensch erwartet hätte, das war ein Urteil, das nicht allem Gerechtigkeitsgefühl ins Gesicht schlägt. Reiling, der selbst erklärt hatte, nicht aus Mordweh gehandelt zu haben, dieser Reiling wird also noch einmal vor eine höhere Instanz gestellt werden, und die nicht verwirklichte Menschheit muß verlangen, daß das rücksichtslose vernichtete Menschenleben höher gelte, als es sich die Leipziger Richter dachten. Wir haben kein übermäßig hohes Vertrauen in das Rechtssystem der bürgerlichen Justiz, die sich in Deutschland und Österreich gleichermäßen als reaktionäres Bollwerk des Klassenstaates hält, aber man darf annehmen, daß sich in der zweiten Instanz Richter finden werden, die die verbundenen Augen der Justiz nicht die öffentliche Sicherheit etwas mehr zu wahren verwenden, als es in dem böhmischen Erbprinzen geschah, deren Gewissensbank bedroht war von deutschnationalen, aus Unternehmerskreisen herkommenden Rippen, die sich wohl von buntesten Instinkten des Klassengefühls leiten ließen.

Es muß anerkannt werden, daß der Staatsanwalt anklagende Lüge fand, die zwar selbstverständlich sind, im Munde eines deutschen Staatsanwalts aber immerhin unerhört wären. Er betonte ungenügend, was der Vertreter des Blutes Solinger erklärte: Daß erst die Streikbrecheragenten brutale Gewalttätigkeiten in den wirtschaftlichen Kampf unserer Tage hineingetragen haben und daß diesen berufsmäßig zu Verbrechen hinreichenden Weilen entgegengetreten werden mußte. Die Geschworenen mochten sich den Gedankengang nicht zu eigen. Perfekt und hornrüssige Klassenolidarität behielten sie davon, daß zu sein, was sie sein wollten: Hüter der Gerechtigkeit. Verständlicher war es ihnen Unternehmersgeiz, was der Verteidiger Reiling erklärte: Die Streikbrechervermittlung sei ein Gewerbe und habe wie jedes Gewerbe ein Recht darauf, geschützt zu werden. Wir bestreiten nicht, daß das Geschäft der Hing und Reiling bereits zu einem schmutzigen Gewerbe ausgewachsen ist, zu einem blühenden schmutzigen Handel; pro Kopf 40 M. Ein Gewerbe aber, von dem sich jeder Mensch mit Eitel wenden muß; ein Gewerbe, für dessen Finesse nur der Justizkandidat vollendet reif ist; ein Gewerbe, für das der konjunktionierte Revolver infolge beherrschender Toleranz bereits zum obersten Betriebsinstrument geworden ist. Das ist eine Entwürdigung, die jeden Betrachter mit Entsetzen erfüllen muß! Das sind Zustände einer faulen, zusammenbrechenden Gesellschaftsordnung, gegen die es nur ein Heilmittel gibt: hinweg damit, daß kein Stein auf dem andern bleibt!

Es ist also der Prozeß von Leipzig eine Kulturkatastrophe in seinem Ausgange, so ist er in seinem Verlauf ein Sieg der organisierten Arbeiterchaft. Eins ist durch den Zeugenapparat gründlich zerstört worden: Das Terrorismusmärchen, mit dem die Schwarzmaier ängstliche und dumme Seelen für neue Justizhängele zu erhitzen suchten. Es hat sich auch am Reiling'sen Handel herausgestellt, daß die nichtkapitalkräftige Welt nur einen Terrorismus zu fürchten hat.

Das ist der Terrorismus des Unternehmertums mit seinen Schillingen!
Der Terrorismus der schwarzen Garde des Streikbrecherkorps!
Der Terror der politischen Helfershelfer!
Der Terrorismus der Arbeitswilligen-Rebellen und jener staatlichen Instanzen, die ihn sanktionieren!

Das ist der Terrorismus, der die Kultur bedroht! Und wenn wir in diesen Tagen die Agitation der roten Wache betreiben, so soll uns dieser Terrorismus ein Grund mehr sein, hinter unsere Fahnen zu reihen, was noch Gefühl für Kultur und Freiheit hat.

Der ewige Sprachenzwist.

Von unserem Korrespondenten.

ih. Wien, 25. Februar.

Das Abgeordnetenhaus soll am 5. März keine Tätigkeit wieder eröffnen. Aber es ist jetzt zweifelhafter als je geworden, ob es dazu wird instande sein. Bekanntlich wurde Ende Januar die Session unterbrochen, weil die tschechischen Agrarier Obstruktion machten, um dadurch die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände in Böhmen zu erwirken. Diese hängt jedoch ausschließlich von dem Zustandekommen eines Ausgleichs zwischen Deutschen und Tschechen in Böhmen ab, andernfalls würde jeder neu einberufene Landtag der Obstruktion der Deutschen verfallen. Der Regierung lag sonach die Ausgleicherhandlungen wieder in Gang zu bringen, ob die Ausgleichsverhandlungen wieder in Gang zu bringen. Das tat sie durch eine „Einladung“ und durch Vorlage von „Begehren“, die nach den feinerseitigen Vorbereitungen der deutschen und tschechischen Unterhändler gearbeitet waren und als Grundlage der Beratung dienen sollten. Die deutschen Parteien behaupteten indes, die Vorläufe der Regierung verstoßen die tschechische Sprache im Verkehrswesen zuviel Raum usw. Doch zeigten sich die Deutschagrarier und die Deutschradikalen zunächst zur Fortsetzung der Beratungen bereit. Da gezielte dem angegliederten tschechischen Herrn Kramarich, im Namen aller gemäßigten Tschechen das Diktat anzunehmen, zuerst müsse der Gebrauch der Landessprachen, dann erst die sprachliche Abgrenzung beraten werden. Den Tschechen liegt nämlich nur an der Sprachfrage; sie wollen die Erweiterung des Gebrauchs ihrer Sprache in allen Dienstleistungen. Die Deutschen dagegen erheben vor allem die Abatenzung der Verwaltungsgebiete nach den Sprachgrenzen, um die drückende Abhängigkeit von dem tschechischen Landesansatz und der tschechisch-gerichteten Staatshaltung in Prag zu erleichtern. Die Antwort auf das Diktat des Hrn. Kramarich war ein Schreiben des Dr. Bachmann im Namen der Fortschrittler, das die Teilnahme an den Verhandlungen für seine Partei auflegte.

Damit ist jetzt die denkbar verworrenste Lage heraufbeschworen. Der tschechischen Draht mit Obstruktion im Reichsrat, falls der ihnen teuere Landtag nicht in den Gang kommt. Im Deutschen Nationalverband, der alle mit liberalen bürgerlichen Deutschen zusammenschließt, bilden die

Abgeordneten aus den Alpenländern, aus Mähren und Schlesien, eine treue Regierungsgarde. Deshalb haben sie gestern den Beschluß herausgegeben, die Verhandlungen seien fortzusetzen. Nur fragen sie nicht, was die Grundlage dieser Verhandlungen sein soll. Aber die Deutschböhmern, auf die es allein ankommt, haben sich der Abstimmung enthalten. Sie werden am Sonntag in einer Versammlung von Vertrauensmännern in Prag ihre Beschlüsse fassen und sicherlich „nein“ sagen. Von den deutschen Parteien Böhmens sind nämlich bloß die Deutschnationalen und die Deutschagrarier noch halbwegs zu Unterhandlungen bereit. Die Sozialdemokraten wurden zwar nicht ausgeschlossen, aber man äußerte wegen ihrer Haltung in nationalen Fragen gegenüber Stürsch Bedenken und er lud sie nicht ein. Wie verlogen diese „Bedenken“ sind, beweist der Umstand, daß die Deutschgelben, unsere erbittertesten Feinde, ausdrücklich erklärten, sie könnten an den Unterhandlungen nicht teilnehmen, mit der vernünftigen Begründung: nur die deutsche Volksgemeinschaft Böhmens sei zu Verhandlungen berechtigt. Daher nähme ihnen der Ausschluß der Sozialdemokraten von vornherein die Verhandlungsgrundlage. Abgelehnt haben auch die Schönerbächer und jetzt die Fortschrittler. Was übrig bliebe, würde von den 140 000 Wählern Böhmens keine 150 000 vertreten.

Run ist die Wahrheit, daß auf allen Seiten der Verhandlungswille fehlt. Die Regierung erklärt zwar den Frieden in Böhmen für das „Wichtigste“. Allein, wenn er nicht zustande kommt, behauptet sie, es sei das durchaus nicht ihr „Programmpunkt“. Sie will in Wirklichkeit nur eins: durch Verhandlungen, ob sie nun scheitern oder nicht, die Tschechen von der Obstruktion im Reichsrat abhalten, um so ihre Anleihe- und Wehrvorlagen durchzubringen. Ruhet den Willkürvorlagen geht ihr überhaupt nichts ernstlich an, denn von ihnen hängt ihr Leben ab. Den tschechischen Bürgern und den tschechischen Bürgern geht der Mut des gegenseitigen Entgegenkommens ab. Sie fürchten sich vor ihren radikalsten Elementen. Das Ergebnis ist nun durchaus frohlich. Die Regierung hofft, die Tschechen würden aus Rücksicht auf den Kaiser bei der Wehrvorlage die Obstruktion ausklinken. Gekühlt hat jedoch diese Hoffnung nicht, so ist die Schlichung des Quartes, ja seine Auflösung möglich.

Reichseisenbahnamt und Reichseisenbahnen.

Die Eisenbahndebatten des Reichstags zerfielen allmählich in zwei Teile; beim Reichseisenbahnamt werden die allgemeinen Grundzüge des Eisenbahnwesens auf allen deutschen Strecken besprochen, während der Etat der Verwaltung der Reichseisenbahnen lediglich die dem Reich gehörigen Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen und Luxemburg betrifft. In der Sitzung vom Donnerstag wurde der erste der Etats erledigt und der Etat der Verwaltung konnte noch in Aussicht genommen werden.

Der Präsident des Reichseisenbahnamtes mußte einer größeren Zahl von Rednern über die verschiedensten Fragen seines Ressorts Auskunft geben. Von unserer Fraktion sprach zunächst Genosse Stolle, der sich namentlich nach dem Erlaß erkundigte, den die Konventionen über Vereinheitlichung der Einrichtungen im Güterverkehr gehabt haben. Unser Redner führte dann eine ganze Reihe von einzelnen Fragen an, in denen das Berliner Zentralamt bei den verschiedenen staatlichen Eisenbahnbetrieben Verbesserungen erwirken müßte. Auch Genosse Fischer-Hannover führte mehrere Beispiele an, die beweisen, wie verbesserungsbedürftig noch die Einrichtungen des deutschen Eisenbahnwesens sind, und wie namentlich den Reisenden der unteren Klassen, die die meisten Ueberbürden einbringen, größere Zugständnisse gemacht werden müßten. Gegen den Vorwurf des Genossen Stolle, daß im Eisenbahnbereich des ganzen Reiches die preussischen Interessen vorzögen, wehrte sich der Präsident, Herr Wackerjapp, aber selbst Herr Dietel mußte mit bitterem Lächeln zugestehen, daß Preußen einen äußerst starken Egoismus besitze.

Die Besprechung des Etats der Verwaltung der Reichseisenbahnen wurde durch unseren Genossen Fuchs eingeleitet. Die Personalunion, die die Reichseisenbahnen und die preussisch-hessischen Bahnen in ihrer Spitze vereinigt, hat, wie unser Redner nachwies, Wirkungen, die zugunsten eines preussischen Zentralismus die allgemeinen Verkehrsinteressen, namentlich in Elsaß-Lothringen, schwer leiden läßt. Fuchs forderte wiederum, daß die Ueberbürden der Reichseisenbahnen dem Lande selbst zugute kommen sollen, das sie aufbringt. Welcher Art der preussische Geist ist, der in der Leitung der Reichseisenbahnen herrscht, zeigte der sozialdemokratische Redner sowohl an der Verkehrspolitik wie ganz besonders an der Behandlung der Arbeiter und Knackgelehrten, für die er genaues statistisches Material beibrachte. Mit aller Schärfe wandte er sich schließlich gegen die rechtsstehende Einschränkung des Koalitionsrechts dieser Kategorie Proletariat.

Der Nationalliberale Herr Schwabach hatte naturgemäß sehr wenig anzufügen. Er sprach ein Lied des Lobes auf Herrn v. Bredow und seine Verwaltung. Der Eisenbahnminister selbst sprach erst am späten Abend. Er suchte vor allem zu beweisen, daß die Ueberbürden der